Aargauer Zeitung, 16.11.2026



Jugendsperre

Albert Rösti will Fakten schaffen und stösst auf Gegenwehr. Interne Dokumente zeigen, wie der Bundesrat um ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche ringt – und welche Lösung sich abzeichnet.

Julian Spörri

Tagtäglich zerbrechen sich Eltern den Kopf: Wie bringen sie das eigene Kind vom Scrollen auf dem Smartphone weg – wenn alle Gspändli ebenfalls auf Instagram, Tiktok und Co. sind? Abhilfe schaffen könnte ein nationales Social-Media-Verbot. Australien führte ein solches für Kinder unter 16 Jahren als erstes Land ein.

Der Bundesrat hat es weniger eilig. Er beschloss im Oktober zwar, den Jugendschutz in den sozialen Medien zu stärken. Einschneidende Massnahmen wie eine Alterslimite will er aber erst bis nächsten Sommer prüfen. Dokumente, die diese Zeitung gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte, zeigen nun, wie in der Landesregierung die Konfliktlinien verlaufen.

Albert Röstis klare Marschrichtung

Pünktlich zum Start der Sommerferien erhielten die Bundesberner Amtsstuben ein Aussprachepapier von SVP-Medienminister Albert Rösti zugestellt. Das Thema: Wie die Techgiganten enger an die Leine genommen werden sollen. Basierend auf der durchgeführten Vernehmlassung skizzierte Rösti drei Optionen für das weitere Vorgehen. Erstens: nichts tun – das heisst, auf eine Regulierung der Techplattformen zu verzichten. Zweitens: die geplanten Massnahmen um zusätzliche Vorgaben zum Jugendschutz ergänzen. Drittens: noch mehr Schutzmassnahmen, darunter ein Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien.

Rösti machte auch gleich klar, was er von dieser umstrittenen Massnahme hält: wenig. Ein Mindestalter sei relativ einfach zu umgehen. Zudem stünden Altersschätzungen oder Ausweiskontrollen «oft in einem Spannungsverhältnis zum Datenschutz». Röstis Umwelt- und Kommunikationsdepartement (Uvek) plädierte deshalb für die zweite Variante. «Statt gewisse Altersgruppen pauschal von der Nutzung sozialer Medien auszunehmen, ist es aus Sicht des Uvek sinnvoller, die Plattformen in die Pflicht zu nehmen.»

Der Antrag aus **Martin Pfisters** Departement

Der Vorschlag hätte ein Social-Media-Verbot vom Tisch gewischt. Darauf verwiesen zwei andere Departemente, die dieses Vorgehen nicht hinnehmen wollten. Der Grund: Im Parlament sind noch Vorstösse hängig, die eine vertiefte Prüfung dieser Massnahme fordern. Das Innendepartement von Elisabeth Baume-Schneider hat in diesem Zusammen-



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider schaut während der Herbstsession auf ihr Handy am Mittwoch, 23. September 2026, in Bern. Bild: Keystone

entzweit Bundesrat

hang eine Studie zu den psychischen Auswirkungen der sozialen Medien auf Kinder und Jugendliche in Auftrag gegeben, die Anfang 2027 publiziert werden soll. Die SP-Bundesrätin ist eine Befürworterin strengerer Regeln.

Ihr Generalsekretariat schrieb, die Regierung dürfe jetzt noch keinen Grundsatzentscheid zur Alterslimite fällen. Eine Gesamtsicht sei nötig, zumal seit Juli auch Frankreich die sozialen Medien für unter 15-Jährige verbieten wolle. Inzwischen wurde das Vorhaben allerdings gerichtlich gestoppt.

Unterstützung erhielt das Innendepartement aus den Reihen von Martin Pfister (Mitte). Wenn sich der Bundesrat für Röstis Vorschlag entscheide, würde er die Einführung eines Mindestalters «verwerfen» und damit den Ergebnissen der parlamentarischen Vorstösse «vorgreifen». Das Verteidigungsdepartement beantragte darum, diese Massnahme aus den Varianten auszuklammern. Diese Forderung setzte sich im Bundesrat letztlich durch.

Die Zweifel von **Beat Jans'** Generalsekretariat

Der Etappensieg der Befürworter einer strengeren Regulierung kann jedoch nicht über die verbreiteten Vorbehalte hinwegtäuschen. Diese bestehen auch ausserhalb bürgerlicher Kreise. Im Justizdepartement von Baume-Schneiders Parteifreund Beat Jans bezeichnete man im Juli die Einführung eines gesetzlichen Mindestalters als nicht «geeigneten Lösungsansatz».

Grund sind Zweifel an der Umsetzbarkeit eines Verbots. Technisch könne jemand «relativ einfach» vorgaukeln, dass er oder sie in einem Land mit einer höheren Altersgrenze lebe, schrieb Jans' Generalsekretariat. Zielführender sei es, die Sensibilisierung und Medienkompetenz der jungen Generation zu fördern, insbesondere an den Schulen.

Ist die Forderung nach einem Social-Media-Verbot angesichts dieser Skepsis zum Scheitern verurteilt? Klar scheint: Ein striktes Verbot wie in Australien für alle unter 16-Jährigen hat wenig Chancen.

Aus unserer Sicht stellen jedoch weder die Einführung eines gesetzlichen Mindestalters noch die Übertragung der Verantwortung auf die Plattformen den geeigneten Lösungsansatz dar. Insbesondere erscheint fraglich, ob entsprechende Vorgaben in der Praxis überhaupt wirksam und verhältnismässig umgesetzt werden könnten.

Das Justiz- und Polizeidepartement von Beat Jans teilt in seiner Stellungnahme die Vorbehalte von Medienminister Albert Rösti.

Das liess Mitte Oktober auch Medienminister Albert Rösti vor den Medien durchblicken. Er betonte zwar, dass es richtig sei, nun erst die Grundlagen zu erarbeiten, «bevor wir hier vorschnell einen Entscheid treffen». Die Abwägung zwischen Kinderschutz und Einschränkung des Informationszugangs müsse «in aller Ruhe» vorgenommen werden. Im Rahmen der durchgeführten Vernehmlassung sei die Altersgrenze jedoch kaum gefordert worden. Die Tessiner Kantonsregierung bildete eine Ausnahme.

Elisabeth Baume-Schneiders neue Vorschläge

Damit rückt eine Kompromisslösung in den Vordergrund. Innenministerin Baume-Schneider bereitet dafür bereits das Terrain vor. Zugangsbeschränkungen seien für sie weiter «ein Thema», sagte die 62-Jährige kürzlich in der Samstagsrundschau von Radio SRF. Entscheidend sei aber, «was den Jungen am meisten hilft». Weil nächtliches Scrollen Kindern und Jugendlichen den Schlaf raubt, stellt Baume-Schneider etwa ein auf die Nacht beschränktes Verbot zur Diskussion.

Ebenfalls nennt sie altersabgestufte Beschränkungen als Option. Das schlägt auch die Europäische Kommission vor: Unter 13-Jährige sollen keine sozialen Medien nutzen. 13- und 14-Jährige sollen von den Eltern eingerichtete Konten verwenden, und das nur eine Stunde pro Tag. Erst ab 15 Jahren wäre ein eigenes Konto erlaubt. Gleichzeitig arbeitet die EU an Lösungen zur Alterskontrolle. Verhindern lassen dürften sich Umgehungen kaum. Unter Schweizer Befürwortern eines Social-Media-Verbots besteht jedoch die Hoffnung, dass ein europäischer Standard zumindest einen Teil der Bedenken entkräften könnte. Vielleicht auch im Bundesrat.

«Die Kinder kommen völlig durcheinander»

Chefarzt Oliver Bilke-Hentsch über neue Gefahren und die Parallelen zwischen Drogen und sozialen Medien.

Julian Spörri



Oliver Bilke-Hentsch von der Luzerner Kinder- und Jugendpsychiatrie. Bild: Pius Amrein

Die einen warnen vor den negativen Folgen und fordern ein Verbot. Andere stellen die Chancen in den Vordergrund oder wollen die Medienkompetenz der Jugendlichen stärken. Über den richtigen Umgang mit den sozialen Medien tauschte sich die Fachwelt letzte Woche am Nationalen Forum Jugend und Medien in Bern aus. Oliver Bilke-Hentsch, Chefarzt der Luzerner Kinder- und Jugendpsychiatrie, zog dabei einen bemerkenswerten Vergleich: Bei der Regulierung sozialer Medien solle sich die Schweiz am Viersäulenmodell der Drogenpolitik orientieren.

Sind für Sie die sozialen Medien wie Cannabis oder Heroin?
Oliver Bilke-Hentsch: Der Suchtmechanismus ist derselbe. Egal ob soziale Medien, Gaming, Alkohol oder Cannabis: Sie beeinflussen das Belohnungs- und Motivationssystem. Die Menschen wollen dann immer mehr.

Und darum sollen wir bei der Regulierung von sozialen Medien die Drogenpolitik als Vorbild nehmen?
Ich habe den Vergleich gewählt, weil ich mich an die 1980er-Jahre zurückerinnert fühle. Damals stellte sich die Schweiz die Frage: Brauchen wir aufgrund des Drogenelends mehr Repression? Mehr Angebote, um Suchtkranke zu rehabilitieren? Mehr Therapie? Oder mehr Prävention? Das wurde zunächst gegeneinander abgewogen. Irgendwann gab es die Einigung, dass es alle vier Säulen braucht. Auch bei den sozialen Medien dürfen wir diese Bereiche nicht gegeneinander ausspielen.

Wäre es denn nicht am einfachsten, die Schweiz würde wie Australien auf ein generelles Verbot für die unter 16-Jährigen setzen?
Nein, bloss nicht. Es handelt sich um eine pseudostrenge Regelung. Begleitende Massnahmen wie verstärkte Therapie und Prävention fehlen. Ein generelles Social-Media-Verbot ist zudem nicht umsetzbar und wiegt uns in falscher Sicherheit. Wenn etwas verboten ist, heisst das noch lange nicht, dass es nicht gemacht wird. Entscheidend ist die Kontrolle. Ideal ist es darum, wenn bestimmte Funktionen gar nicht mehr zur Verfügung stehen.

Diesen Weg geht die EU-Kommission, die Autoplay-Funktionen oder endloses Scrollen verbieten will. Ausserdem soll der Zugang für Minderjährige je nach Alter verboten oder eingeschränkt werden (siehe Text links). Ist das der bessere Weg?
Ja. Verbote können viel bewirken, aber nur als Teil einer klug abgestimmten Regulierung. Die geplante EU-Regelung benennt klar, was untersagt ist und was für diese oder jene Altersstufe gilt.

Wo ergeben Verbote konkret Sinn?
Dort, wo die Technologie biologische und soziale Reifungsprozesse stört. Wenn ich mich in der Schule auf eine Aufgabe konzentrieren muss, darf ich nicht durch mein Smartphone abgelenkt werden. Entscheidend ist die Frage: Welchen Zusatznutzen bringt ein Gerät in einer bestimmten Situation – und wo stört es nur? Vom Besuch der todkranken Oma bis zum Abendessen mit der Familie gibt es ganz viele Situationen, in denen ein Smartphone einfach kein Gewinn ist.

Nach dieser Logik müssten Sie ein Verbot in der Nacht befürworten.
Ich wüsste nicht, warum sich eine elektromagnetische Strahlenquelle nach 22 Uhr in der Nähe eines kindlichen Gehirns befinden sollte. Auch nach 20 Uhr nicht. Schlafmangel ist ein zunehmendes Problem, mit dem wir konfrontiert sind. Im Schnitt schlafen Kinder und Jugendliche mindestens eine Stunde zu wenig. Das kann zu mehr Depressivität und Ängstlichkeit, aber auch zu schlechterem Lernerfolg führen. Deshalb müssen wir die Situation regulieren. Eine nationale Regelung könnte den Eltern helfen. Aber auch sie selbst tragen eine wichtige Verantwortung.

Sie wollen die Eltern stärker in die Pflicht nehmen?
Ich finde es eigenartig, dass sich manche Eltern gehemmt zeigen, gesunden Menschenverstand walten zu lassen. Warum sagen sie nicht: Dieses Handy gehört über die Nacht in ein Kästchen im Flur? Viele Eltern schützen ihren Nachwuchs in der Offlinewelt perfekt, schauen aber in der Onlinewelt zu wenig genau hin. Sie haben die besten Kindersitze, achten auf die Ernährung und einen sicheren Spielplatz. Aber online unterschätzen sie die Gefahren, zum Beispiel auf der Spieleplattform Roblox.

Dort können Kinder selbst virtuelle Welten erstellen und jene der Community spielen. Was bereitet Ihnen Sorgen?
Wir beobachten, dass die Hälfte der Kinder unter zwölf Jahren auf Roblox unterwegs ist. Viele Eltern halten das für eine lustige Spieleplattform. In Wirklichkeit geraten die Kinder wegen der Algorithmen immer tiefer hinein. Sie nehmen unterschiedliche Identitäten ein und kommen in ihrer persönlichen Entwicklung völlig durcheinander. Viele werden aggressiv. Auch wenn es Geld zu kosten beginnt, können die Kinder nicht mehr aufhören. So entsteht eine selbst verstärkende Schleife. Hier wäre es wichtig, frühzeitig einzugreifen.

Die aktuellen Diskussionen dürfen sich nicht zu einseitig auf die sozialen Medien fokussieren?
Ja, wir sind im Alltag bereits mit neuen Gefahren konfrontiert. Neben Roblox müssen wir bei den KI-Chatbots dranbleiben. Sie nehmen das «Social» aus Social Media heraus. Wie immer sind die ohnehin schon instabilen Kinder und Jugendlichen am meisten gefährdet. Sie werden in ihren Problemen vom Chatbot bestärkt, ohne dass jemand eine Gegenposition einnimmt.